

Geschäftsmodell Deutschland

Nach wie vor erfolgversprechend

Angesichts der Wirtschaftskrise fordern einige Ökonomen, Deutschland müsse seinen bisherigen industrie- und exportorientierten Kurs verlassen. Hinter dieser Kritik steht die These, die deutsche Wirtschaft hätte zu einem globalen Überinvestitionsproblem beigetragen. Doch dieses Argument überzeugt nicht – vielmehr spricht einiges dafür, dass die Industrie auch künftig eine wichtige Säule der heimischen Volkswirtschaft bleibt.

Die aktuelle Krise, die hierzulande vor allem die exportorientierte Industrie unter Druck setzt, hat einige Kritiker aus der Wissenschaft auf den Plan gerufen. Sie meinen, das bisherige „Geschäftsmodell Deutschland“ – also die starke Industrie- und Exportorientierung der Wirtschaft – habe sich nicht bewährt. Künftig sollten die deutschen Unternehmen vermehrt auf heimische Kunden setzen.

Diese Kritik ist jedoch aus mehreren Gründen unangebracht:

1. Überzeugende Erfolge der deutschen Wirtschaft. Die jüngste Rezession darf nicht vergessen lassen, wie sehr die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren von der stürmischen Entwicklung der Weltmärkte profitiert hat. Dies gelang nicht zuletzt, weil die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbesserten und zudem mit ihrer Produktpalette den Geschmack ihrer weltweiten Kundschaft trafen. Damit konnte Deutschland Weltmarktanteile hinzugewinnen, obwohl sich viele Länder neu oder verstärkt in die internationale Arbeitsteilung eingeklinkt haben. Hinzu kommt:

Die Exportquote, also der Anteil der Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt (BIP), hat sich von knapp 26 Prozent im Jahr 1991 auf mehr als 47 Prozent im Jahr 2008 erhöht.

Da 90 Prozent der hiesigen Verkäufe an das Ausland aus industrieller Produktion stammen, war der Exportboom auch ein Stärkungsmittel für das Verarbeitende Gewerbe. Sein Anteil

an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist seit dem Tiefpunkt von 22,2 Prozent im Jahr 1996 bis 2007 wieder auf 23,9 Prozent geklettert.

Die Exporterfolge der Industrie sind im Übrigen – anders als oft behauptet – nicht auf eine unverhältnismäßige Lohnzurückhaltung zurückzuführen. So legten die Verdienste der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe von 2003 bis 2008 um insgesamt 12 Prozent zu – fast doppelt so stark wie im gesamtwirtschaftlichen Schnitt (6,4 Prozent). Wohl aber

hat die insgesamt moderate Lohnpolitik dazu beigetragen, dass viele neue Stellen und damit zusätzliche Einkommen und Kaufkraft geschaffen wurden.

2. Starke Industrie strahlt auf andere Sektoren aus. Auch wenn die Zuwächse im Außenhandel in erster Linie in den Industriebetrieben verbucht wurden, gingen andere Wirtschaftszweige nicht leer aus. Denn das Verarbeitende Gewerbe bezieht von den Dienstleistern mehr Vorleistungen, als es umgekehrt dorthin liefert. Folglich konnten sich gerade die unternehmensnahen Servicebranchen wie die Rechtsberatung, die Werbung oder die Logistik ein gutes Stück vom Erfolgskuchen der Industrie abschneiden: Die per saldo für das Verarbeitende Gewerbe erstellten Dienstleistungen machten zuletzt immerhin etwa 7 bis 8 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung aus.

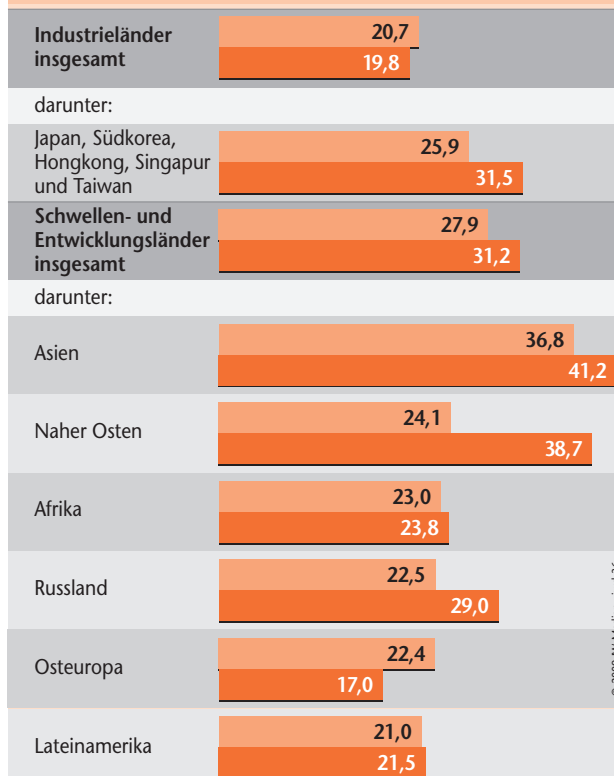
3. Kein Problem durch übermäßige Investitionen. Die Kritik am Geschäftsmodell Deutschland wäre nur berechtigt, wenn die gegenwärtige Krise nicht auf Funktionsstörungen der Finanzmärkte zurückzuführen wäre, sondern auf ein weltweit zu hohes Investitionsaufkommen. Dieser These zufolge wären Investitionsgüter aus Deutschland wie auch aus anderen Staaten in den vergangenen Jahren allzu stark nachgefragt worden, weil aufstrebende Länder wie China damit ihren Exportsektor ausgerüstet und die Ausfuhrüberschüsse dieser Nationen den allzu stark kreditfinanzierten Konsum in den USA genährt hätten.

Eine solche Argumentation hakt jedoch sowohl bei globaler Betrachtung als auch, wenn es um Deutschland geht:

• **Investitionen weltweit.** Der angeblich maßlose Investitionsboom entpuppt sich bei näherem Hinsehen schnell als Mär, obwohl in den einzelnen Regionen

Investitionen: Gut durch Sparkapital finanziert

Investitionen und Ersparnisse in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2008



Ursprungsdaten: IWF

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

das Verhältnis zwischen Sparen und Investieren zuletzt recht unterschiedlich war (Grafik Seite 4):

In den fortgeschrittenen Industrieländern betrug der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen am BIP von 2002 bis 2008 durchschnittlich 20,7 Prozent – die Sparquote war mit 19,8 Prozent kaum geringer.

Innerhalb dieser Staatengruppe gab es gleichwohl erhebliche Abweichungen von diesen Durchschnittswerten. So war zum Beispiel in den USA die Sparquote zuletzt niedriger als die Investitionsquote. Als Ursache für das damit einhergehende Defizit in der Leistungsbilanz müssen jedoch ein wachsendes staatliches Haushaltsdefizit sowie der überzogene Konsum festgehalten werden, nicht aber ein zu hohes Maß an Investitionen.

Anders verhielt es sich mit den asiatischen Industrienationen – unter anderem Japan und Südkorea –, die in den vergangenen Jahren mehr gespart als investiert haben. Und auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern waren die Ersparnisse im Schnitt der Jahre von 2002 bis 2008 deutlich höher als die Investitionen. Die einzige Region, in der die Spartätigkeit nicht ausreichte, um die Investitionsnachfrage zu finanzieren, war Osteuropa.

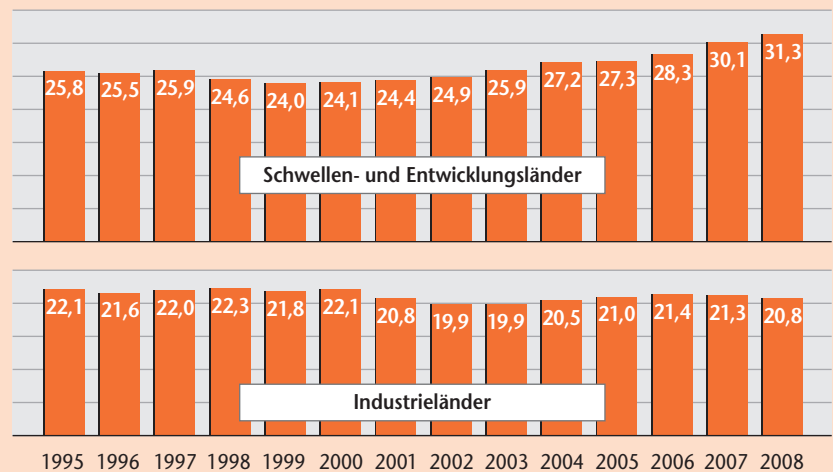
Auch der langjährige Trend spricht eher gegen die Vermutung, die hochentwickelten Volkswirtschaften hätten in jüngster Zeit mit überzogenen Investitionen die Weltwirtschaft ins Wanken gebracht (Grafik):

Im Durchschnitt betragen die Investitionen der Industrieländer im Zeitraum von 2005 bis 2008 etwa 21 Prozent der Wirtschaftsleistung – die Quote lag damit um gut einen Prozentpunkt unter dem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verbuchten Mittelwert.

In den Schwellen- und Entwicklungsländern zeigte sich dagegen ein gegenläufiger Trend. Während der Investitionsanteil am BIP dort von 1995 bis zum globalen Konjunkturtief von 2002 bei etwa 25 Prozent verharrte, kletterte er bis 2008 auf über 31 Prozent. Damit hat sich das absolute Investitionsvolumen dieser Staaten binnen sechs Jahren mehr als verdreifacht.

Investitionen: In Industrieländern eher abgebremst

Bruttoinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ursprungsdaten: IWF

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Doch trotz dieser rasanten Entwicklung wäre es unangemessen, eine Überinvestitionsphase zu diagnostizieren. Schließlich müssen die Schwellen- und Entwicklungsländer die Bedürfnisse einer weiter rasch wachsenden Bevölkerung befriedigen. Außerdem war der vorhandene Kapitalstock bis zuletzt recht klein.

Diese Staaten legen also mit ihrem jüngsten Investitionsschub lediglich den Grundstein für ein höheres Wirtschaftswachstum und mehr damit die Chancen, zu den Industrieländern aufzuschließen.

• **Investitionsentwicklung in Deutschland.** Für die hiesige Wirtschaft ist der Vorwurf der Überinvestitionen erst recht nicht zutreffend. So kann von einem langjährigen unverhältnismäßigen Anstieg der Investitionen in Deutschland keineswegs die Rede sein:

Zwar ist die Nachfrage nach Maschinen und Anlagen made in Germany von 2005 bis 2008 jahresdurchschnittlich um 7,5 Prozent gewachsen. Dem steht jedoch für 2001 bis 2004 ein jährliches Minus von 1,5 Prozent gegenüber.

Zudem hat die deutsche Wirtschaft in letzter Zeit weniger Kapital in neue oder modernisierte Kapazitäten gesteckt, als ihr aus den gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen zur Verfügung stand. So stieg der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt zwar von 16,9 Prozent

im Jahr 2005 auf 19,3 Prozent 2008. Der Anteil der Ersparnisse an der Wirtschaftsleistung legte allerdings im selben Zeitraum von 22,0 auf 25,7 Prozent zu. Des Weiteren liegt die aktuelle Investitionsquote immer noch unter den Mittelwerten der 1970er (24 Prozent), 1980er (21 Prozent) und 1990er Jahre (24 Prozent).

4. Strukturwandel ist nicht planbar. Wer angesichts der aktuell schwierigen Konjunktursituation meint, die deutsche Wirtschaft müsse bewusst auf andere Sektoren setzen als die Industrie, hat ein falsches Bild davon, wie sich Strukturwandel vollzieht. Denn dieser Prozess wird in marktwirtschaftlich ausgerichteten Volkswirtschaften nicht von einer staatlichen Stelle geplant. Der Strukturwandel resultiert vielmehr dezentral aus den Angebotsentscheidungen der Firmen sowie dem Kaufverhalten der Verbraucher.

Um vor diesem Hintergrund ein anderes Geschäftsmodell für Deutschland zu etablieren, bräuchte es eine Politik, die gezielt einzelne Wirtschaftsbereiche fördert. Dazu müssten die Regierenden aber genau wissen, welche Güter die künftigen Generationen brauchen – ein unmögliches Unterfangen. Die heute zu beobachtenden Megatrends – wie die wachsende Weltbevölkerung, der Klimawandel und die zunehmende Ressourcenknappheit – sprechen ohnehin dafür, dass die globale Nachfrage nach industriellen Lösungen weiterhin groß bleibt (vgl. iwd 17/2009).